

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 21. September 1981

Blatt 2379

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Schlösselgasse: Biedermeierhaus wird renoviert
ausgesendet: Zeitbeschränkung in Hallenbädern fällt
(grau)

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Neues Umspannwerk in Aspern
Ausstellung "Wienerberggründe" in Favoriten
Schieder: VP-Bezirksvorsteher nicht informiert

Lokal: Beginn der Gripeschutzimpfkation
(orange) Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes

Nur
über FS: 21.9. Besuch im Militärkommando Wien
Wiener Seniorenwoche

.....
Bereits am 20. September 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Biedermeierhaus in der Schlösselgasse wird renoviert

=++++

1 #Wien, 20.9. (RK-KOMMUNAL) Das denkmalgeschützte Haus in der Schlösselgasse 5 wird instandgesetzt und stilecht renoviert. Auf Veranlassung von Wohnbaustadtrat Johann HATZL hat der Eigentümer des Gebäudes, die Firma Kawog, bereits begonnen, die notwendigen Sicherungsarbeiten durchzuführen. Dies teilte der Wohnbaustadtrat der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. #

Die Vorwürfe der FPÖ an den Magistrat der Stadt Wien gehen vollkommen ins Leere, sagte Hatzl. Der Magistrat hat zunächst alle im Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mittel gegenüber dem Eigentümer ergriffen, damit das denkmalgeschützte Haus nicht dem Verfall preisgegeben wird.

Bedauerlicherweise ermöglicht die derzeitige Gesetzeslage eine Verschleppungstaktik gegenüber den rechtlichen Schritten der Stadtverwaltung. Recht wirksam gegen Abbruchspekulationen hat sich dagegen eine von der Wiener Landesregierung beschlossene Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 - die der FPÖ allerdings unbekannt zu sein scheint - erwiesen. Stadtrat Hatzl erinnerte daran, daß nach dieser Novelle grundsätzlich auch für private die Möglichkeit besteht, in Stadterneuerungsgebieten oder in Schutzzonen Wohnbauförderungsmittel für die Renovierung eines Gebäudes zu beantragen. Die Förderungswürdigkeit wird zuerst vom Stadterneuerungsbeirat überprüft und dann vom Wohnbauförderungsberrat begutachtet. Das Projekt Schlösselgasse 5 hat bereits sowohl den Stadterneuerungsbeirat als auch den Wohnbauförderungsberrat passiert. Die Überprüfung durch die zuständige Magistratsabteilung 25 ist ebenfalls durchgeführt. Nun wurde noch ein Ziviltechniker als unabhängiger Prüfer bestellt, der seine Arbeit voraussichtlich bis Ende September abgeschlossen haben wird. Die Wohnbauförderungsmittel können dann noch dieses Jahr von der Wiener Landesregierung beschlossen werden. In der Zwischenzeit wurde mit der baulichen Sicherung des Gebäudes begonnen. (Schluß)

ba/sr

.....
Bereits am 20. September 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Freizeit im Bad: Zeitbeschränkung in Hallenbädern fällt (1)

=++++

2 #Wien, 20.9. (RK-KOMMUNAL) Noch bessere Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung werden Wiens Bäder in Zukunft bieten. Auf Initiative von Stadtrat Peter SCHIEDER soll die in den Hallenbädern bisher übliche Badezeitbeschränkung von zwei Stunden nicht mehr gelten. Wer in Zukunft den ganzen Tag im Hallenbad verbringen will, kann dies ohne Aufzahlung tun.

- Zu den weiteren neuen Serviceangeboten der Bäder zählen
- o Verlängerung der Badezeit in der Sauna: statt bisher drei in Zukunft vier Stunden
 - o Ermäßigungen für Blinde, Schwerkriegsbeschädigte sowie ihnen gleichgestellte behinderte Personen
 - o in den Saunabädern keine Kosten mehr für den Haartrockner
 - o für Kinder und Jugendliche gibt es in den Hallenbädern nun eine Reihenkarte, einen Fünferblock, der zum ermäßigten Eintritt berechtigt
 - o die Ermäßigung für Jugendliche gilt nicht mehr wie bisher nur für Schüler bzw. Berufsschüler, sondern für ALLE JUGENDLICHE VON 15 BIS 19 JAHREN (dazu gehören z.B. auch angelernte jugendliche Arbeiter)
 - o in einem Parteiengespräch einigten sich die drei im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien, daß für die schulfreien Zeiten, also die Ferien, eine spezielle Regelung gefunden wird, die den Kindern den verbilligten Bäderbesuch ermöglicht (Kinder unter sechs Jahren können bekanntlich gratis ins Bad).
 - o Ebenso soll ein Sonderarrangement erarbeitet werden, das Familien mit mehreren Kindern oder Großeltern, die mit mehreren EnkelIn ins Bad gehen, den verbilligten Besuch der Bäder ermöglicht.

Zwtl.: neue Bädertarife

Durch steigende Energie- und Personalkosten bedingt, stellte die Bäderverwaltung nun einen Antrag zur Neuregelung der Bädertarife. Dieser Antrag wird dem Gemeinderat in seiner Sitzung am Montag zur Beschlußfassung vorliegen. # (Forts.) hs/bs

.....
Bereits am 20. September 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Freizeit im Bad: Zeitbeschränkung in Hallenbädern fällt (2)

Utl.: neue Bädertarife

=++++

3 Wien, 20.9. (RK-KOMMUNAL) Die wichtigsten neuen Tarife bei den Erwachsenen: Hallenbad, nun ohne Badezeitbeschränkung: Kästchen 25, Kabine 40 Schilling. Sauna und Schwimmhalle kombiniert: Kästchen 80, Kabine 100 Schilling. Eintritt in die in früheren Tröpferlbädern eingerichteten Saunabäder: 70 Schilling.

Neue Tarife sollen ab der kommenden Saison auch in den Sommerbädern gelten: Kästchen-Tageskarte 30, Kabine 50 Schilling. (Einige Sommerbäder sind um je fünf Schilling billiger).

Die neuen Tarife bei Kindern und Jugendlichen von 15 bis 19 Jahr: Hallenbad zehn Schilling für Kinder, 15 für Jugendliche. Für Kinder, die im Durchschnitt vier Stunden oder mitunter länger in der Schwimmhalle blieben, bedeutet dies - mit dem Fallen der Badezeitbeschränkung - eine wesentliche Verbesserung. Reihenkarte Hallenbäder (berechtigt zum fünfmaligen Eintritt) 40 Schilling für Kinder, 60 für Jugendliche. Sauna und Schwimmhalle: jeweils 45 Schilling. Sauna in einem der ehemaligen Tröpferlbäder: je 40 Schilling. Sommerbäder: Kinder zehn, Jugendliche 15 Schilling.

(Forts.) hs/bs

NNNN

.....
Bereits am 20. September 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Freizeit im Bad: Zeitbeschränkung in Hallenbädern fällt (3)

Utl.: Neu: ab 1. Juli Halbjahresbäderpaß

=++++

4 Wien, 20.9. (RK-KOMMUNAL) Neu eingeführt werden nun - als Ergänzung zum beliebten Bäderpaß - der "große" und der "kleine" Halbjahresbäderpaß berechtigt ab 1. Juli 1982 ein halbes Jahr hindurch zum Eintritt in die Hallen- und Sommerbäder der Stadt Wien. Er kostet für Erwachsene 750, für Jugendliche 350 und für Kinder 200 Schilling.

Natürlich gibt es nach wie vor auch den großen Bäderpaß, der ein ganzes Jahr - ab 1. Jänner - gilt und ebenfalls für die städtischen Hallen- und Sommerbäder bestimmt ist. Erwachsene zahlen dafür 1200, Jugendliche 600 und Kinder 350 Schilling.

Der "kleine" Bäderpaß", der nur in den Hallenbädern gilt, kostet für ein Jahr 800 Schilling für Erwachsene, 400 Schilling für Jugendliche und 250 Schilling für Kinder. Für ein halbes Jahr - ab 1. Juli - zahlen Erwachsene 500, Jugendliche 250 und Kinder 150 Schilling.

Den Bäderpaß erhält man in der MA 44 - Bäder, Wien 7, Hermannsgasse 24-26, an Werktagen von 8 bis 13 Uhr. Bitte Lichtbild mitbringen!

Zwtl.: Achtung: Reihenkarten bis 30. November gültig

Für bereits gelöste Reihenkarten - besser als Fünferblock für Sauna bzw. Hallenbad bekannt - muß keine Aufzahlung geleistet werden, diese Karten gelten noch bis 30. November 1981. (Schluß) hs/bs

NNNN

Neues Umspannwerk in Aspern

=++++

1 #Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener E-Werke nahmen dieser Tage in Aspern ein neues Umspannwerk in Betrieb, das der Versorgung des General-Motors-Werks dient. #

Das neue Umspannwerk in der Böckingstraße wird über zwei 110 kV-Kabel vom Umspannwerk Stadlau aus versorgt. Die Abspannung auf die 20 kV-Verteilspannung erfolgt über zwei Umspanner zu je 48 MVA (Megavoltampere). Das neue Umspannwerk, das in einer Bauzeit von nur einem Jahr errichtet wurde, wird vom Umspannwerk Nord in der Jedleseer Straße aus ferngesteuert und -überwacht. Die Baukosten einschließlich der notwendigen Kabellegungen beliefen sich auf 82 Millionen Schilling. (Schluß) ger/bs

NNNN

Beginn der Gripeschutzimpfaktion

=++++

2 #Wien, 21.9. (RK-LOKAL) Morgen Dienstag beginnt in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern die diesjährige Gripeschutzimpfaktion des Gesundheitsamtes der Stadt Wien. Geimpft wird jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr, und zwar bis einschließlich 13. November. Die Impfung kostet 50 Schilling.#

Die Ärzte des Gesundheitsamtes appellieren an die Bevölkerung sich noch vor Beginn der sogenannten Grippezeit rechtzeitig zu schützen. In diesem Zusammenhang wird besonders älteren Personen und chronisch Kranken (Herzkrank, Diabetiker), für die jede fieberhafte Erkrankung eine besondere Belastung darstellt, empfohlen, sich an dieser Impfung zu beteiligen.

Verwendet wird ein Grippeimpfstoff, der die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grippestämme, und zwar die aktuellen AB-Virusstämme enthält. Voraussetzung für eine Impfung ist allerdings, daß der zu Impfende zum Zeitpunkt der Schutzimpfung gesund ist. Er darf nicht verkühlt und muß fieberfrei sein. Darüber hinaus ist auch eine Überempfindlichkeit gegen Hühnereiweiß ein weiterer Ausschließungsgrund für die Grippeimpfung. (Schluß) zi/bs

NNNN

Ausstellung "Wienerberggründe" in Favoriten

=++++

3 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Direkt vor ihrer Haustür können sich die Favoritner ab Dienstag, dem 22. September, informieren, was direkt vor ihrer Haustür - auf den Wienerberggründen - geschehen soll: Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER und Bezirksvorsteher Josef DEUTSCH werden am Dienstag um 17.30 Uhr in den Räumen des Kulturverbandes Favoriten in der Favoritenstraße 118 (Z-Haus) eine Ausstellung über den städtebaulichen Ideenwettbewerb für die Wienerberggründe eröffnen. Gezeigt werden Pläne, Fotos und Modelle. Die Ausstellung ist bis 28. September Montag bis Freitag zwischen 15 und 19 Uhr, Samstag zwischen 9 und 12 Uhr frei zugänglich. Während dieser Zeit werden auch Mitarbeiter der Stadt Wien für ergänzende Erläuterungen zur Verfügung stehen.

Das Wienerberggelände ist mit seiner Ausdehnung von 315 Hektar eines der größten freien Gebiete der Bundeshauptstadt. Die Stadt Wien hatte einen städtebaulichen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, um auf diese Weise die bestmögliche künftige Nutzung zu finden. Derzeit laufen die Vorarbeiten für die Verwirklichung der Ideen der Preisträger. (Schluß) and/ve

NNNN

Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes

Utl.: Primat für Jugendschutz

=++++

6 #Wien, 21.9. (RK-LOKAL/KOMMUNAL) Der Entwurf zur Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes in Bezug auf den Problembereich der Spielapparate ist nun fertiggestellt. Die Novelle wird nach Ende der Begutachtungsfrist dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. In der Novelle, die auf die Ergebnisse einer von Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK im Frühjahr einberufenen Enquete gründet, wird dem Jugendschutz besonderes Gewicht gegeben.#

So dürfen Spielapparate nur in Lokalen aufgestellt werden, die weiter als 100 m Luftlinie von Schulen und Jugendzentren entfernt sind. Das sogenannte "kleine Glücksspiel" wird begrenzt erlaubt: Münzgewinnspielapparate mit einem Höchsteinsatz von 5 S und einem Höchstgewinn von 100 S sind zur Konzessionierung vorgesehen. Allerdings dürfen weiterhin nur insgesamt zwei Apparate (Münzgewinnspielapparate oder Unterhaltungsapparate) pro Veranstaltungsort aufgestellt werden. Der Prater und ähnliche Volksbelustigungsorte sind von dieser Regel ausgenommen. Im Sinne des Jugendschutzes dürfen Münzgewinnspielapparate allerdings nur so aufgestellt werden, daß der Zutritt zum Spielort und das Beobachten des Spiels Jugendlichen verwehrt ist. Bezüglich der Einhaltung des Jugendschutzes haftet nun auch der Inhaber der Veranstaltungsstätte. Die strengen Strafbestimmungen (100.000 S und der Verfall von Spielapparaten) sollen Mißbräuchen besser als bisher entgegenwirken. Dazu Stadtrat ZILK: "Die strikte Ausschöpfung des Strafausmaßes wird gewährleisten, daß das Gesetz befolgt und damit ein optimaler Schutz der Jugendlichen erreicht wird." (Schluß) gab/ve

NNNN

Wiener Landtag (1)

=++++

5 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Landtagspräsident PFOCH (SPÖ) eröffnete die Sitzung des Wiener Landtages. Pfoch gab bekannt, daß eine DRINGLICHE ANFRAGE der ÖVP, in der Bedenken gegen die Verbauung der Steinhofgründe geäußert werden, am Ende der Sitzung behandelt wird. Weiter stellte die ÖVP einen Antrag zur Änderung des Wasserversorgungsgesetzes.

Zwtl.: Besoldungsreform

Über die Novelle zur Besoldungsordnung und über eine Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung referierte Stadtrat Nekula (SPÖ). Er wies darauf hin, daß diese Novellen mehr Gerechtigkeit und Überschaubarkeit des Besoldungssystems vor allem zu Gunsten der Bezieher niedriger Einkommen bringen. Insgesamt sind von den 60.000 Dienstnehmern der Stadt Wien 50.000 von der Reform erfaßt. Von den 270 Millionen Schilling, die für die Reform in drei Etappen erforderlich sind, kommen heuer 125 Millionen zur Auszahlung.

LABg. PÖDER (SPÖ) nannte als Zielvorstellungen der Besoldungsreform strukturelle Veränderungen im Sinne einer leistungsbezogenen Besoldungs- und Verwaltungsvereinfachung. Die Schwerpunkte der Reform liegen bei den niedrigen Löhnen und insbesondere in der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei gleichwertiger Qualifikation. Als besonders betroffene Berufsgruppen nannte Pöder die Kindergartenhelferinnen, Anstaltsgehilfen, die KFZ-Lenker von Spezialfahrzeugen und die Kanalarbeiter.

Abschließend wandte sich Pöder gegen die Herabsetzung der öffentlichen Dienstnehmer in den Medien und sagte, es sei nicht möglich, immer mehr Leistungen mit immer weniger Menschen zu vollbringen. Bei aller Solidarität mit den anderen Dienstnehmern, sei ein Beamtenopfer allein nicht möglich.

ABSTIMMUNG: beide Gesetze wurden in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

7 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) In der Einleitung der dringlichen Anfrage wurde darauf verwiesen, daß sich namhafte Experten, der Fachbeirat für Stadtplanung und zahlreiche Bewohner des 14. und 16. Bezirkes in einer Umfrage gegen die Bebauung der Steinhofgründe ausgesprochen haben. Gegen die Bebauung bestehen auch rechtliche Bedenken. Eine Bebauung der Steinhofgründe mit Wohnbauten würde den Verfassungsgesetzen von 1921 widersprechen. Die dringliche Anfrage lautet:

1. Wie vereinbart sich eine Verbauung von Teilen des Areals des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe, am Steinhof, mit Gemeindewohnungen mit den Verfassungsgesetzen vom 29.12.1921, LGBL. für Wien Nr. 153/1921, LGBL. für Niederösterreich 364/1921, insbesondere im Hinblick auf die Zweckbestimmung des gesamten Areals für Zwecke einer Heil- und Pflegeanstalt?

2. Sind Sie bereit, bis zur Klärung der strittigen Rechtslage eine Unterbrechung des laufenden Baubewilligungsverfahrens zu verfügen?

3. Wie werden die Gesamtkosten dieser städtischen Wohnhausanlage 14, Heschweg, finanziert werden, da im Rahmen der Wohnbauförderung des Landes Wien zur Finanzierung der gewaltigen Infrastrukturkosten mit den angemessenen Gesamtbaukosten gemäß der Wohnbauförderung sicher nicht das Auslangen gefunden werden kann?

4. Sind Sie nicht der Auffassung, daß es angesichts der vielfältigen und schwerwiegenden Bedenken notwendig und richtig wäre, das gesamte Projekt der Verbauung eines Teiles der Steinhofgründe bis zur Klärung der offenen Fragen überhaupt zurückzustellen?

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

8 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) In seiner Begründung für die dringliche Anfrage sagte LABg. PETRIK (ÖVP), daß am 23. September die Baubewilligung für die Steinhofgründe im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung beschlossen werden soll. Die sozialistische Fraktion sei nicht gewillt, die Bedenken von Experten zur Kenntnis zu nehmen. Mit der Anfragebeantwortung sollen neue Fakten offen auf den Tisch gelegt werden.

Den rechtlichen Hintergrund über die Steinhofgründe erläuterte LABg. PETRIK (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Das gesamte Areal war früher Eigentum des niederösterreichischen Irrenfonds. Als Wien selbständiges Bundesland wurde, wurden im Jahre 1921 eigene Trennungsgesetze beschlossen, die alle, bisher im gemeinsamen Eigentum beider Landesteile stehende Anstalten, Stiftungen, Fonds und Liegenschaften regeln. In diesen Verfassungsgesetzen wurde auch festgelegt, daß die Landes-, Heil- und Pflegeanstalt am Steinhof samt allen dazugehörigen Gründen ins Eigentum des Landes Wien übergeht. Mit der Treuhandschaft über den Fonds sei es die ausschließliche Aufgabe Wiens, den Fonds zu verwalten, aber nicht, das Areal zu bebauen, sagte Petrik. Während der Bauverhandlungen habe sich eine Reihe von Problemen ergeben. Das Bauvolumen wurde überschritten, amtlich festgesetzte Höhenbestimmungen fehlen ebenso wie der Nachweis über statische Erfordernisse. Der hohe Grundwasserspiegel des Ameisbaches würde ein Bodengutachten notwendig machen. Wo in den Plänen eine Privatstraße eingezeichnet ist, gibt es keine Widmung für eine Verkehrsfläche. Entlüftungsschächte für die unterirdische Großgarage sind im Projekt nicht eingezeichnet. (Forts.) ba/bs

NNNN

21. September 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2391

Wiener Landtag (4)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

9 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Petrik kritisierte, daß viele Probleme der Wohnhausanlage noch ungelöst sind. Am Tag der offenen Tür wurde ein Projekt ausgestellt, das im Gegensatz zu einem zweiten bereits bestehenden Modell nichts Konkretes über die Bebauung aussagt. Durch die hohen Infrastrukturkosten würde der Bau der Anlage so teuer, daß sich die Menschen diese Wohnungen gar nicht mehr leisten können. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

10 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Das Modell, das am Tag der offenen Tür zu sehen war, zeigte auf, welche Dimensionen dieser Anschlag auf die Grünflächen unserer Stadt hat, sagte LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die Ungeheuerlichkeit dieses Projektes ist mit den seinerzeitigen Verbauungsplänen für den Sternwartepark vergleichbar. Er glaube, sagte Pawkowicz, daß die Technokraten in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr haben. Die FPÖ werde im Gemeinderat einen dringlichen Antrag stellen, eine Volksbefragung über die Verbauung der Steinhofgründe durchzuführen.

6.000 Familien im Westen Wiens warten auf eine Gemeindewohnung, sagte LABg. Christine SCHIRMER (SPÖ). Im Zusammenhang mit dem Projekt Heschweg wird eine Bevölkerungsgruppe, die schon im Grünen wohnt, aufgefordert, gegen den Zuzug anderer Bevölkerungsgruppen aufzutreten. Hier wird ein gefährliches Spiel getrieben, das sich gegen wohnungssuchende Arbeiter- und Angestelltenfamilien richtet. Gegen Villenbesitzer, die im Westen Wiens gebaut haben, gab es keine solche Aktionen, sagte Schirmer und bekräftigte, weiterhin alles zu tun, damit auch Arbeiter und Angestellte ein Recht auf Wohnungen haben. Auf den Steinhofgründen sollen in Zukunft 200.000 Quadratmeter Grünflächen der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Jetzt sind diese Flächen von einer Mauer umgeben und dürfen nicht betreten werden. Schirmer erinnerte daran, daß in den letzten zwei Jahren 14 neue Grünanlagen und Parks in den dichtbebauten Gebieten errichtet worden sind. Die 900 Wohnungen der Gartensiedlung Heschweg sind notwendig. Würde es nach der ÖVP gehen, hätten wir rund 3.000 Wohnungen weniger. Für 20.000 vorgemerkte Wiener Familien würde es sehr traurig aussehen, würden wir den Wohnbauvorstellungen der Konservativen folgen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

11 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die 885 Wohnungen auf dem Heschweg sind das umstrittenste Wohnbauprojekt des letzten Jahrzehnts, sagte 2. Präsident HAHN (ÖVP). Anlässlich der Bauverhandlung am 7. August habe die ÖVP ein Memorandum an mehrere Stadträte vorgelegt, in dem sie ihre Bedenken gegen das Vorhaben zusammenfaßte. Im Planungsausschuß bestehe nun die letzte Möglichkeit, das Projekt fallenzulassen. Zum Vorwurf von LAbg. Christine Schirmer, die ÖVP wolle kommunale Wohnbauten verhindern, erinnerte Hahn daran, daß seine Fraktion den Marco-Polo-Gründen, einigen Stadterweiterungsprojekten im 22. Bezirk und dem Bauteil C des Wohnparks Alt-Erlaa zugestimmt habe. Die ÖVP-Anträge zum Wohnbau seien immer sachlich richtig, sagte Hahn. Stadtrat Schieder warf er vor, das Projekt befürwortet zu haben. Die MA 45 habe auf schwierige Grundwasserverhältnisse hingewiesen und ein hydrologisches Gutachten gefordert. Hahn wollte wissen, ob es ein solches Gutachten gibt. Wie soll die Beheizung erfolgen, soll nun doch ein Fernwärmewerk gebaut werden? Was kostet die Infrastruktur? Es sei ausgeschlossen, daß mit 11.000 Schilling pro Quadratmeter bei diesem Projekt das Auslangen gefunden werden könne. Die Kosten für die Anlage schätzte Hahn auf etwa eine Milliarde, wovon 700 Millionen aus der Wohnbauförderung kämen. Die Infrastruktur werde nochmals so teuer sein. Diese Kosten können aus der Wohnbauförderung nicht gedeckt werden, der Finanzstadtrat müsse daher einspringen - dies sei der Grund für die dringliche Anfrage der ÖVP. Auch die Frage der Verkehrserschließung und der Parkplätze sei nicht gelöst. Die Erholungslandschaft für zehntausende Wiener müsse erhalten bleiben, schloß Hahn. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

14 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Gertrude KUBIENA (ÖVP) führte verschiedene Gründe an, die gegen die vorgesehene Verbauung der Steinhofgründe sprächen. So nannte sie die Verschlechterung der Luftqualität für den Krankenhauskomplex Baumgartner Höhe und die Verminderung der Lebensqualität für psychiatrische Langzeitpatienten. Eine Nutzung des Gebietes könnte sie sich für sozialmedizinische Zwecke vorstellen. In Wien dringend benötigte geriatrische Pflegebetten und der dazu nötige Erholungsraum könnten hier geschaffen werden. Kubiena wies darauf hin, daß sich auch verantwortliche Persönlichkeiten aus dem Bereich des Krankenhauses Baumgartner Höhe, der Naturschutzbund und nicht zuletzt 40.000 Wienerinnen und Wiener gegen die vorgesehene Verbauung ausgesprochen hätten. Ein schlechtes Licht auf das Demokratieverhältnis der SPÖ werfe das Verhalten von Stadtrat Hatzl am Tag der offenen Tür, sagte Stadtrat Dr. Kubiena: Er habe ihr verboten, vor dem Modell der Steinhofgründe ein Gespräch mit dem Architekten Glück zu führen und habe sie zum Verlassen des Platzes aufgefordert.

Abschließend sagte Kubiena, auch Politiker sollten auf Grund von Argumenten lernen und ihre Meinung ändern können. Noch sei es Zeit, die Steinhofgründe für Patienten zu verwenden und nicht Wohnungen für Parteibonzen dort zu errichten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

15 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Der Debattenbeitrag von Stadtrat Kubiena sei besonders unsachlich, stellte LABg. DINHOF (SPö) fest. Geriatriische Betten im Westen Wiens seien bei der guten Versorgung dieses Stadtteils völlig unnötig. Außerdem werden auch Krankenhäuser bekanntlicherweise mit Beton errichtet, so daß es bei der Errichtung dieser Gebäude ebenfalls zu der von der ÖVP so viel zitierten Verbetonierung kommen würde. Vom Verbetonieren spricht die ÖVP jedoch immer nur dann, wenn es um die Errichtung von Wohnungen gehe. Es sei daher zu überlegen, ob man nicht auch die Wohnungswünsche der ÖVP-Genossenschaften in Zukunft ablehnen solle, damit weniger "zubetoniert" wird. Die Wohnhausanlage auf den Steinhofgründen könnte den Integrationsprozeß für die kranken Menschen fördern. In der Nähe der Anlage soll auch ein Bauernhof errichtet werden, der von den Kranken betrieben wird. Bürgerinitiativen seien sinnvoll und notwendig, aber die Menschen müssen richtig informiert werden. Den Wienern wurde mit der ÖVP-Unterschriftenaktion Angst gemacht, daß der gesamte Lainzer Wienerwald verbaut würde. Eine Verkehrsanbindung der Wohnhausanlage sei durch die Reizenpfeninggasse und weiter durch die Sanatoriumstraße gegeben. Selbstverständlich werden, wie zu fast allen Projekten, auch andere Varianten überlegt. Mit der Errichtung der Anlage wird das Quellgebiet des Ameisbaches als Ökozelle unter Naturschutz gestellt. Die Überschreitung des Bauvolumens beträgt ungefähr ein Fünftel eines größeren Saales, ähnlich dem Gemeinderatssitzungssaal. Die SPö werde auch weiterhin dafür sorgen, daß Wohnungen geschaffen werden und daß diese Wohnungen sowohl im dicht bebauten Stadtgebiet als auch in grüner Umgebung errichtet werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

16 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die Verbauung der Steinhofgründe wird eine Veränderung des Mikroklimas mit sich bringen, sagte LAbg. DDR. Strunz (BVP). 3.000 Menschen, darunter 500 Kinder, sollen dort angesiedelt werden. Die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, in der 123.000 Tonnen Müll pro Jahr verbrannt werden, ist 850 Meter entfernt. Bei bestimmten Wetterlagen werden Kadmium, Blei und andere Stoffe in die Siedlung hineingeblasen. Kinder werden dadurch besonders gefährdet. Der geplante Standort für die Wohnhausanlage sei ein kommunaler Irrsinn sondergleichen, schloß Strunz.

Der Begriff Stadt, sagte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), bedeutet eine Vielfalt von Einrichtungen. Aufgabe der Politik ist es, ihr Nebeneinander zu ordnen. Für Wald, Wiesen und Grünflächen gibt es Schutzmechanismen, so den Wald- und Wiesengürtel, das Forstgesetz, Parkschutzgebiete und Naturschutzdenkmäler. Wo ein Grüngebiet zu schützen ist oder geschaffen werden soll, wird nicht erst im Zusammenhang mit einer Baubewilligung festgelegt, sondern schon im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Für die Steinhofgründe trifft kein Schutzkriterium zu, sie fallen in keine Schutzkategorie. Dies war auch bei den Festlegungen von niemandem verlangt worden. Als für die Steinhofgründe Baugebiet festgelegt wurde, gab es keinen einzigen Einwand gegen den Bau von öffentlichen Gebäuden (seien es Spitalseinrichtungen, Schulen, Kasernen oder Gefängnisse). Erst jetzt, da Wohnungen gebaut werden sollen, gibt es plötzlich einen Einwand. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

17 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Bei der Bauverhandlung wurde mitgeprüft, wo innerhalb dieser Fläche bestimmte Grünbereiche geschützt werden müssen. Der Heschteich ist im übrigen bereits seit fast fünf Jahren als Naturdenkmal unter Schutz gestellt. Auch der Ameisbach ist als Ökozelle geschützt.

Der Schutz der natürlichen Umwelt ist dort notwendig, betonte Schieder, wo es sich tatsächlich um Natur handelt. Ich lade Sie ein, sagte Schieder, gegen die Verbauungen im Wienerwald mitzukämpfen. Eine Politik des Sich-Verlassen-Könnens, daß Natur erhalten bleibt, und Bebauungen im Bauland so erfolgen, daß auf die Bedingungen der Umwelt Rücksicht genommen wird, ist sinnvoller als eine Politik, die sich jeder Bürgerinitiative an die Kittelfalte hängt. (Forts.)
ger/gg

Wiener Landtag (11)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

18 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) "Ich begrüße es, daß sich der Umweltstadtrat heute erstmals zu den Steinhofgründen geäußert hat", sagte LAbg. FÜRST (ÖVP). Auch die ÖVP bekenne sich dazu, daß die Stadt von der Vielfalt lebt, aber sie gehe in letzter Zeit immer mehr verloren. Er kritisierte, daß sich Stadtrat Schieder zu Wort gemeldet hat, damit das Projekt realisiert wird. Experten sagen, daß jede Bebauung eine Wertminderung bedeuten würde und es sich hier um eine typische Kulturlandschaft im nördlichen Wienerwald handle. Die ÖVP sehe die Aktion "Ganz Wien trägt Grün" sehr positiv, weil damit das Bewußtsein der Bevölkerung für diese Anliegen gestärkt werden, aber die Bevölkerung werde es nicht verstehen, daß Stadtrat Schieder nicht gegen die Bebauung eintritt. Die ÖVP sei grundsätzlich gegen die Bebauung der letzten Grünflächen dieser Stadt und fordert Grün in dicht bebauten Gebieten. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

19 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) sagte, er habe leider nicht mehr genügend Redezeit, um auf alle Vorwürfe des Abg. Fürst einzugehen. Er werde auf anderem Wege zeigen, was in Wien alles auf dem Grünsektor geschieht.

Stadtrat STACHER (SPÖ) betonte neuerlich, Spitäler seien in Wien laut Zielplan im Osten und nicht im Westen der Stadt nötig. Für die Zielvorstellung der Einbindung psychiatrisch Kranker in das normale Leben sei die Wohnbebauung nur günstig. Im Übrigen argumentierte die ÖVP gegen die Wohnbebauung der Steinhofgründe genauso, wie in der Ersten Republik gegen den Karl-Marx-Hof argumentiert worden sei. Heute bekennen sich alle Wiener Parteien zu diesem Bauwerk.

Stadtrat HATZL (SPÖ) sagte, die ÖVP habe sich mit der Materie nicht gewissenhaft auseinandergesetzt. Es sei die Aufgabe der Stadt Wien, Wohnraum für 20.000 Wohnungssuchende zu schaffen und Verbesserungen für 200.000 Substandardbewohner zu erzielen. Die ÖVP suche jedoch ihr Heil in Verdrehungen und politischen Diffamierungen und sei seit 60 Jahren unverändert gegen den kommunalen Wohnbau. Ihre Politik diene allein den ÖVP-Wohnungsgenossenschaften und richte sich gegen die Bevölkerung. Die von Stadtrat Kubiena geforderten Spitalsbauten würden im Übrigen ebenfalls eine Verbauung der Steinhofgründe bedeuten. Zum Vorwurf, er habe Kubiena das Gespräch mit Architekt Glück untersagt, meinte Hatzl, Kubiena habe versucht, den Architekten vom Gespräch mit der Bevölkerung abzuhalten. Er habe sie gebeten, dies zu unterlassen. Abschließend sagte Hatzl, die Steinhofgründe seien kein Teil des Wald- und Wiesengürtels und immer schon als Bauland gewidmet gewesen.

2. Landtagspräsident HAHN (ÖVP) sagte, die Belastungen durch die Infrastruktureinrichtungen für die Wohnbebauung der Steinhofgründe würden sich noch jahrelang niederschlagen. (Forts.)
gab/gg

Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

20 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) "Die Steinhofgründe sind kein Sonderfall, bei dem man sagen kann, daß nur ein Wohnbau in Streit stehe", stellte Bürgermeister Leopold GRATZ fest. Es gibt eine ganze Menge von umstrittenen Projekten. Wien sei jedoch keine Stadt mit brachliegenden Flächen, es gibt kein Areal auf dem nicht ein Gebäude steht oder eine Grünfläche vorhanden ist. Daher könne man mit zweifacher Argumentation gegen Wohnbauten sein: im dichtbebauten Gebiet mit dem Argument einer Parkanlage und im Umland mit dem Argument von Grün- und Erholungsflächen. Die Frage stellt sich nur: Wo soll man bauen?

Gratz betonte, daß er persönlich gegen eine Volksbefragung über die Steinhofgründe ist - weil dies eine Abstimmung einer Mehrheit über die Rechte von Minderheiten sei. In Wien ist die Anzahl jener Menschen die eine Wohnung suchen, Dank der Leistung der Stadtverwaltung gegenüber jenen, die bereits eine Wohnung haben, eine Minderheit. Ebenso wenig wie man die Mehrheit der Autofahrer über die berechtigten Kinderwünsche abstimmen lassen soll, sollen Menschen, die bereits eine Wohnung haben über jene Menschen abstimmen, die in schlechten Wohnverhältnissen leben (Forts.) ba/ve

Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

21 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Zur dringlichen Anfrage stellte Bürgermeister Gratz folgendes fest: Nach dem Trennungsgesetz von 1921 ging das Areal Am Steinhof in die Verwaltung und in das unbeschränkte Eigentum der Stadt Wien über. Da die Steinhofgründe ins Eigentum übergingen, ist die Stadt Wien Eigentümer und hat volles Nutzungsrecht. Da sich aus der vorhandenen Rechtssituation keine strittigen Fragen ergeben, ist eine Unterbrechung des Baubewilligungsverfahrens nicht notwendig. Die Kosten werden für den Wohnbau aus Wohnbauförderungsmitteln und für die Infrastruktur aus dem jeweiligen Ressortbudgets finanziert. Das Projekt stützt sich auf gewissenhafte Untersuchungen, es besteht daher keine sachliche Begründung, es zurückzustellen. (Schluß) ba/bs

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Trauerkundgebung für Böhm

=++++

22 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Anschließend trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR MAYRHOFER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung begann mit einer Trauerkundgebung für den am 14. August verstorbenen Ehrenbürger der Stadt Wien Generalmusikdirektor Prof.Dr.Karl BÖHM. Bürgermeister Leopold GRATZ hielt eine kurze Gedenkrede, in der er die Verdienste und die engen Bindungen des Verstorbenen an Wien würdigte.

Zwtl.: Fragestunde

Anschließend wurde die Sitzung mit der Fragestunde fortgesetzt. Auf die ERSTE ANFRAGE von GR HAHN (ÖVP) nach den voraussichtlichen Infrastrukturkosten für die Wohnhausanlage auf den Steinhofgründen antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß detaillierte Angaben derzeit noch nicht möglich sind. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann diese Kosten bekannt sein müssen, um im Budget 1982 verankert werden zu können, antwortete Mayr: Ende Oktober. Allerdings werden die Kosten der Infrastruktur für diese Wohnhausanlage ja über mehrere Budgetjahre verteilt werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche anderen Maßnahmen wegen der Infrastrukturkosten für die Steinhofgründe zurückgestellt werden müssen, antwortete Mayr, daß hier ein logischer Irrtum vorliege. Daß 885 Wohnungen - so viele sind auf den Steinhofgründen vorgesehen - überhaupt in Wien gebaut werden sollen, ist ja unbestritten. Gegenüber anderen Standorten sind die Infrastrukturkosten auf den Steinhofgründen geringer.

(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

23 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR HENGELMÜLLER (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen wurden, um die Glücksspielautomaten in Wien zu erfassen, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ) daß im Mai Planquadrataktionen durchgeführt wurden. Dabei wurden fast zehntausend Betriebe überprüft und knapp siebentausend vergnügungssteuerpflichtige Apparate festgestellt, darunter 4276 Glücksspielautomaten im eigentlichen Sinn.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie sich die Novellierung des Vergnügungssteuergesetzes ausgewirkt habe, und was er vom Urteil des Verfassungsgerichtshofes erwarte, antwortete Stadtrat Mayr, daß die Novelle zwei Schwerpunkte gehabt habe: einerseits drastische Erhöhungen bei den Spielautomaten, andererseits Erleichterungen auf anderen Gebieten, so vor allem im kulturellen und sportlichen Bereich. Wir erwarten einen Ertrag von 276 Millionen, davon 260 Millionen bei den Automaten. Das Gesetz wurde auf Verfassungskonformität überprüft. Ich erwarte, sagte Mayr, durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes eine Bestätigung.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen gegen den illegalen Betrieb von Automaten ergriffen werden, sagte Mayr, daß regelmäßige Planquadrataktionen durchgeführt werden. (Forts.) ger/ve

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

24 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wann die Ersatzvornahme beim denkmalgeschützten Haus Schlüsselgasse 5 vollstreckt werde, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), er glaube, daß dies nicht notwendig sein werde, weil für dieses Haus um Förderung aus Mitteln der Wohnbauförderung angesucht werde.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die Vollstreckung nicht durchgeführt wird, nachdem nun ein entsprechender Bescheid des Verwaltungsgerichtshofes zugestellt wurde, ergänzte Hatzl, daß er Gewißheit habe, daß die Prüfung des Ansuchens um Wohnbauförderung in den nächsten Wochen positiv verlaufen werde. Wenn jemand zu bauen beginnt, bevor die Prüfung für die Wohnbauförderung abgeschlossen ist, kann er diese Förderung nicht in Anspruch nehmen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Hatzl die Zuteilung der Förderung davon abhängig machen werde, daß die Kündigungen gegen Mieter zurückgezogen werden, antwortete der Stadtrat, er könne dies aufgrund der Richtlinien nicht. Wichtig sei nun die Revitalisierung des Hauses, die auch vom Bundesdenkmalamt unterstützt wird. Darüber hinaus werde die Absiedlung notwendig sein, um die notwendige umfassende Revitalisierung durchführen zu können. Wenn es Möglichkeiten gibt, sollen diese Mieter wieder im revitalisierten Haus untergebracht werden. Für ihn sei es nun vordringlich, daß mit den Arbeiten möglichst rasch begonnen werde, damit das Haus für die Stadt erhalten wird. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

25 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. UHL (ÖVP), warum der Fall Erwin Schneider, der auf seine Wohnungssituation durch einen Mauerdurchbruch in die leerstehende Nachbarwohnung aufmerksam gemacht hatte, noch immer nicht zufriedenstellend geklärt werden konnte, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß dieses Problem deshalb noch nicht gelöst wurde, weil Schneider die angebotenen Wohnungen nicht in Anspruch genommen hat. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die lange leerstehende Nachbarwohnung nicht mit der Wohnung Schneiders zusammengelegt, sondern einem anderen Ehepaar zugesprochen wurde, antwortete Hatzl, die neuen Mieter hätten es vorerst abgelehnt diese Wohnung zu beziehen, aus Sorge, durch ihre Nachbarn beeinträchtigt zu werden. Bisher hat der Wohnungswerber drei Wohnungen abgelehnt, in der Pastorstraße habe der Grundzins nur etwas über 900 Schilling betragen, die Wohnung in der Großfeldsiedlung habe Schneider als unzumutbar empfunden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann er der Bitte der Psychiatrischen Universitätsklinik, der Familie Schneider eine passende Wohnung zur Verfügung zu stellen, entspreche, antwortete Hatzl: dann, wenn jemand, der eine Wohnung zugewiesen erhält, bereit ist, sie zu nehmen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

26 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die fünfte Anfrage von GR. SEEBÜCK (SPÖ) welche kommunalen Wohnbauten noch heuer begonnen werden sollen, nannte Stadtrat HATZL (SPÖ) Projekte in den Bezirken 2, 3, 7, 10, 14, 21 und 23. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die in der Vorwoche angekündigten Veränderungen der Wohnbauförderung bei diesen Bauten bereits zum tragen kommen, sagte Hatzl, dies sei der Fall. Dadurch werde ein günstiger Mietzins bei diesen Bauten möglich sein.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. ROSENBERGER (SPÖ), welche Absichten bezüglich der Instandsetzung der Werkbundsiedlung in Hietzing bestehen, sagte Hatzl, daß die 1930 bis 1932 errichteten 50 Häuser im Besitz der Stadt Wien instandgesetzt werden sollen. Mit den Vorarbeiten wird bereits jetzt begonnen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie der hohe Baukostenaufwand gedeckt werden soll, sagte Hatzl, man werde nach den mietrechtlichen Bestimmungen vorgehen, wobei jedoch bestimmte Obergrenzen eingehalten wurden. Um bereits getätigte Renovierungen in Eigeninitiative bei Einfamilienhäusern zu berücksichtigen, werden die Renovierungskosten in Einzelabrechnungen erstellt werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Zeiträume die einzelnen Bauabschnitte in Anspruch nehmen werden, sagte Hatzl, es werde insgesamt drei Bauabschnitte geben, das Gesamtprojekt werde 1984 abgeschlossen werden. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

27 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. KAUER (ÖVP), nach welchen Rechtsgrundlagen Anlagen im für das Stadtbild bedeutenden Ringstraßenbereich zur Aufstellung genehmigt worden sind, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. WURZER (SPÖ), das angesprochene "Ringparkobjekt" sei von der Modern Art Galerie bei der MA 35g zur Genehmigung eingereicht worden. Diese Genehmigung wurde für die Zeit vom 1. bis 21. Juli unter der Bedingung der sachgemäßen Aufstellung am 29. Mai erteilt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob nicht ein Widerspruch darin bestehe, daß gleichartige Ansuchen um die Genehmigung von Ankündigungsanlagen vom 5. Dezember 1980 und vom 28. August 1981 nicht genehmigt worden seien, sagte Wurzer, der Unterschied liege darin, daß es sich beim Ringparkprojekt um ein künstlerisches Werk eines Professors der Hochschule für Angewandte Kunst handle. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum mit Bescheid vom 20. Juli 1981 die Aufstellung von Tischen, Sesseln und Werbeträgern von politischen Ankündigungen untersagt worden sei, sagte Wurzer, er kenne den konkreten Bescheid nicht, doch komme die MA 35g ihrer schwierigen Aufgabe der Erteilung von Genehmigungen nach bestem Wissen und Gewissen nach. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

30 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. LUSTIG (SPÖ) nach dem Stand der Arbeiten zur Errichtung der offenen Werkstätten im ehemaligen TGM antwortete Stadtrat Dr. ZILK (SPÖ), daß in der Zwischenzeit ein Verein zur Errichtung der offenen Werkstätten gegründet wurde. Vom Finanzminister wurde kürzlich die Bewilligung erteilt, das TGM im Wege eines Prekariums der Stadt Wien zur Verfügung zu stellen. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen für ein weiteres Vorgehen geschaffen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob beide Gebäudekomplexe in dem Prekarium enthalten sind, teilte Zilk mit, daß sich das Prekarium auf den ersten Teil des ehemaligen TGM entlang der Währinger Straße bezieht. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wer für die beim Auszug entstandenen Beschädigungen aufkommt, sagte Zilk, daß die Reparaturen vorgenommen würden, aber noch nicht sicher sei, wer die Kosten dafür übernimmt. Voraussichtlich wird das Bautenministerium die Instandsetzungsarbeiten bezahlen.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HAAS (SPÖ), wie weit die Arbeiten beim Simmeringer Pophaus fortgeschritten sind, sagte ZILK (SPÖ), daß für das Haus in der Hauffgasse ein Mietvertrag für zehn Jahre ausgearbeitet wurde. Projekte zum Umbau und zur Renovierung des Hauses sind in Ausarbeitung. Mit der Verwirklichung wird voraussichtlich im Laufe des Winters begonnen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

31 Wien, 21.9.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von Gr. KUCHAR (FPÖ), in wievielen Schulen in diesem Jahr Schulmilch angeboten wird, antwortete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß in einem Drittel aller Schulen die Schulmilchaktion läuft: und zwar in 80 Volksschulen, 25 Hauptschulen und 30 Sonderschulen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was getan wird, um die Zahl der Schulen mit Schulmilch zu erhöhen, sagte Fröhlich-Sandner, daß eine Aufklärungsaktion, die mit den Eltern gemeinsam geführt wird, das Interesse an der Schulmilch heben soll.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach dem Weiterbestand der Aktion wenn mit den Schulwarten keine Einigung erzielt werde, sagte die Vizebürgermeisterin, daß die Schulmilchverteilung freiwillig vorgenommen wird und die Schulwarte nicht gezwungen werden können, Schulmilch auszugeben. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde (Schluß)

=++++

32 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP) über die Stellungnahme der Anstaltsleitung des neurologischen Krankenhauses Rosenhügel betreffend die geplante Errichtung von Wohnbauten auf einem Teil des Areals dieses Krankenhauses antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß die Anstaltsleitung Bedenken aus juridischer und medizinischer Sicht geäußert habe. Die übergeordnete Gruppendirektion schloß sich diesen Bedenken jedoch nicht an. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie er den Verkauf einer Teilfläche durch die MA 12 an die Stadt Wien erkläre, entgegnete Stadtrat Stacher, daß die MA 12 in das laufende Verfahren NICHT eingreife. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE aus welchen Gründen die Meinung der Anstaltsleitung desavouiert werde, antwortete Stacher, daß davon keine Rede sein könne. Demokratie bedeutet Diskussion. Daß die Gruppendirektion eine andere Meinung vertritt als eine Anstaltsleitung, wird immer wieder vorkommen. Es ist das legitime Recht einer Anstaltsleitung, für eine Vergrößerung ihrer Anstalt einzutreten. Dies steht im konkreten Fall aber nicht mit dem Zielplan im Einklang. (Fots.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

33 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen zwei schriftliche ANFRAGEN der ÖVP vor.

Für eine ANFRAGE der FPÖ an den Bürgermeister betreffend die Zahlung von 37,5 Millionen Schilling durch die Holding an Scheich Bughsan im Zusammenhang mit dem Bauring wurde die Dringlichkeit beantragt. Auch für einen ANTRAG der FPÖ betreffend die Durchführung einer Volksbefragung über wichtige kommunale Probleme wurde eine dringliche Behandlung beantragt. In beiden Fällen wird die Debatte darüber vor Schluß der Sitzung durchgeführt.

Außerdem lagen dem Gemeinderat folgende ANTRÄGE vor: ein Antrag der FPÖ über die Schließung des S-Bahn-Ringes zwischen Breitensee und Meidling sowie Anträge der ÖVP über einen Ring-Rund-Radweg, über die Einsichtnahme in die Warteliste für Jungärzte für die Aufnahme in städtischen Spitälern, über die Durchführung einer Volksbefragung über die Steinhofgründe, über die Besuchsmöglichkeiten für Kinder in städtischen Spitälern, über die Beamtenkommission für die Prüfung des AKH-Kontrollamtsberichtes, über Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Krankenpflegepersonal und über Fahrradabstellmöglichkeiten im Rathaus.

Anschließend erfolgte die Wahl eines Mitgliedes des Sparkassenrates der Zentralsparkasse. Dr. Kurt MAZANEK wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Gratz über Wiener Wirtschaft

=++++

34 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Erklärung von Bürgermeister GRATZ wurde eine grundsätzliche Debatte über die Lage der Wiener Wirtschaft eingeleitet. Gratz verwies darauf, daß sich die Weltwirtschaft in einer Krise befindet. Stärkster Ausdruck dafür sind die mindestens 25 Millionen Arbeitslosen in den westlichen Industriestaaten. In den kommunistischen Ländern, für die es keine derartigen Statistiken gibt, treten Versorgungsengpässe auf. Versuche konservativer Regierungen, durch drastische Budgetkürzungen, durch einen Sozialstop und durch eine Politik des knappen Geldes einen Ausweg zu finden, scheiterten. Das krasseste Beispiel dafür ist Großbritannien. Im Gegensatz zu den meisten Industrienationen ist Österreich in einer wesentlich besseren Lage, betonte Gratz. Österreich konnte den internationalen Herausforderungen begegnen, ohne das Erreichen der wirtschaftspolitischen Ziele - Vollbeschäftigung bei Erhaltung der Stabilität - zu gefährden. Bei allem Ernst der wirtschaftlichen Situation ist daher die Ausgangslage für alle Überlegungen in Österreich gut - unvergleichlich besser als in der Krise der dreißiger Jahre. Im Jahre 1931 waren in Österreich 1,8 Millionen Menschen in Arbeit, rund 500.000 waren beschäftigungslos. Heute gibt es 2,8 Millionen Beschäftigte, die Zahl der Arbeitslosen beträgt um 50.000.

Österreich hat keinen Anlaß, in Katastrophenstimmung zu verfallen. Man sollte auch nicht aus taktischen Überlegungen heraus versuchen, das für die wirtschaftliche Stabilität notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu zerstören, denn ein Gutteil des wirtschaftlichen Erfolges in Österreich ist auch psychologisch begründbar: Die Österreicher haben auf die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise besonnen reagiert. Sie haben weiter gearbeitet, weiter investiert und weiter gespart. (Forts.) sti/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Gratz über Wiener Wirtschaft (2)

=++++

35 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Gratz verwies darauf, daß sich die Ostregion Österreichs in den letzten Jahrzehnten weniger dynamisch entwickelt hat als das übrige Österreich. Die letzten Zahlen zeigen, daß die Wiener Wirtschaft im Aufholen begriffen ist. Sie wird heuer wahrscheinlich zum ersten Mal nicht hinter der österreichischen Wirtschaft zurückbleiben, sondern nachziehen. Wenn wir die heutige Lage ganz anders beurteilen, als jene der Dreißigerjahre, so gibt es noch andere Gründe als die wirtschaftliche Ausgangsbasis, sagte Gratz. Es sind dies vor allem die Gesichtspunkte der Übereinstimmung über sehr wesentliche Grundsätze. So ist etwa unbestritten, daß Vollbeschäftigung ein gemeinsames Ziel ist, daß diese nicht durch Inflation erkaufte werden darf, daß wir gesunde, gewinnbringende Unternehmen haben wollen, daß eine gemeinsame Einkommenspolitik dafür sorgen soll, daß der gemeinsam erarbeitete Wohlstand auf alle, die dazu beitragen, gerecht verteilt werden soll, und daß die Austragung von Konflikten am Verhandlungstisch jeder anderen Methode vorzuziehen ist.

Gratz schloß mit dem Appell, einige Grundsätze für die wirtschaftliche Diskussion anzuerkennen: Man soll die Lage so sehen, wie sie ist - und weder ein Zerrbild durch apokalyptische Schilderungen malen noch vorhandene Schwierigkeiten negieren; man soll vom Grundsatz der Demokratie ausgehen, daß auch der andere vernünftige Ideen haben kann; und man soll bereit sein, über alles zu sprechen. (Forts.) sti/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Mayr über Wiener Wirtschaft

=++++

38 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) In der Wiener Wirtschaftspolitik spielen Lokalpatriotismus und das Absenden von Protesttelegrammen eine geringe Rolle, betonte Stadtrat MAYR (SPÖ). Man ist mehr bestrebt, durch eine Politik der rechtzeitigen Strukturanpassung die Vollbeschäftigung in Wien zu erhalten. Dadurch konnten auch im Wiener Raum auftretende Firmenzusammenbrüche und -schließungen bisher beinahe ohne Schwierigkeiten "verkräftet" werden. Im Falle von Eumig konnten Wiener Betriebe hunderte von Ersatzarbeitsplätzen anbieten. Ende des Jahres wird das VEW-Werk in Strebersdorf geschlossen. Der Großteil der dort Beschäftigten wird nahtlos bei General Motors weiter arbeiten können.

Mayr führte diese Erfolge in der Wiener Beschäftigungspolitik zu einem Teil auf die forcierte Industrieförderung der Stadt Wien zurück. Er kündigte an, daß in kurzer Zeit die Wirtschaftsförderungsaktivitäten der Stadt Wien, die heute noch auf verschiedene Magistratsabteilungen verteilt sind, in eine Hand zusammengefaßt werden sollen: Es soll zur Gründung eines Wiener Wirtschaftsförderungsfonds kommen. An diesem Fonds sollen neben der Wiener Stadtverwaltung die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, der österreichische Gewerkschaftsbund, die Vereinigung österreichischer Industrieller, die Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien sowie die Erste österreichische Sparcasse beteiligt sein. Aufgabe dieses Fonds wird es sein, Grundstücke zu erwerben und zu verkaufen, die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen abzuwickeln, die Wirtschaftstreibenden zu beraten, aber auch für den Wirtschaftsstandort Wien zu werben. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Mayr über Wiener Wirtschaft

=++++

39 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Wirtschaft wird heuer erstmals seit langem nicht hinter der österreichischen Entwicklung zurückbleiben. Die positive Entwicklung wurde von der Industrie getragen. Im ersten Quartal 1981 expandierte die Wiener Industrie gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent, während die österreichische Industrie um 3,8 Prozent schrumpfte. Um diesen erfreulichen Aufholprozeß der Wiener Wirtschaft nicht zu stoppen, sind in Zukunft gemeinsame Aktivitäten der in der Ostregion liegenden Bundesländer Niederösterreich, Burgenland und Wien erforderlich. Die Ostregion würde die langfristige Verwirklichung von sehr wesentlichen Infrastrukturprojekten benötigen. Mayr führte den Ausbau hochleistungsfähiger Fernstrecken der ÖBB an, den Ausbau der Donau, eine Weichenstellung in Richtung Donau-Oder-Kanal, einen Ausbau des Bundesstraßennetzes innerhalb der Region, mehr Investitionen der verstaatlichten Industrie in der Ostregion und schließlich das Problem von einheitlichen Energiepreisen in ganz Österreich. Die Wirtschaft der Ostregion kann nur durch eine Kooperation der drei Bundesländer expandieren. In einer Konfrontation wird man bestenfalls stagnieren, erklärte Mayr.

Im folgenden ging Mayr auch auf die großen Auswirkungen des Wiener Budgets auf die Wirtschaft Wiens und Österreichs ein. Allein im Bau- und Baunebengewerbe werden von der Stadt Wien rund 55 Prozent der gesamten Wiener Nachfrage gedeckt. Insgesamt gibt die Stadt Wien heuer eine Summe von 46 Milliarden aus, die für die Wirtschaft in diesem Jahr direkt oder indirekt auftragswirksam sind. Die höchsten beschäftigungspolitischen Auswirkungen dieser Ausgaben ergeben sich interessanterweise nicht in Wien, sondern in Niederösterreich. Die größten Auswirkungen auf das Regionalprodukt haben die Wiener Ausgaben in Wien selbst und in Niederösterreich, gefolgt von der Steiermark und von Oberösterreich. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Mayr über Wiener Wirtschaft

=++++

40 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Durch einen endgültigen Baustopp des Konferenzentrums könnte sich Wien in den nächsten fünf Jahren jährlich 70 Millionen Schilling ersparen. Das ist ein Betrag, den man sicher nicht gering schätzen sollte, der jedoch für wirksame Schritte zur Stadterneuerung viel zu gering ist. Man sollte daher die Frage Konferenzzentrum und Stadterneuerung nicht verknüpfen. Allein die Stadt Wien wird nämlich im heurigen Jahr für die Erhaltung für ihre eigenen Objekte 2.152 Millionen Schilling ausgeben.

Für die Stadterneuerung viel wichtiger wäre ein möglichst rascher Beschluß über ein neues Mietrecht. Erst wenn die Mieten so gestaltet sind, daß mit ihnen eine Erhaltung der Häuser möglich ist, wird man einen Schritt weiter kommen. Allerdings muß jeder Schilling in die Erhaltung der Häuser fließen, ein Profit für den Hauseigentümer ist abzulehnen.

Abschließend betonte Stadtrat Mayr, daß sich die finanzielle Lage der Stadt Wien von anderen Gebietskörperschaften nicht wesentlich unterscheidet. Bei einer stagnierenden Wirtschaft werden alle Gebietskörperschaften Sorgen haben, die Aufgaben zu finanzieren. Der Wiener Gesamtschuldenstand macht 57,8 Prozent der Ausgaben aus. Dieses Verhältnis beträgt in Innsbruck 127 Prozent, in Klagenfurt 91 Prozent, in Graz 67 Prozent, in Salzburg 117 Prozent und in Bregenz 58 Prozent aus.

In Wien gelang es, geordnete Budgets zu erstellen, diese Budgets ermöglichten wirtschaftspolitische Erfolge und, was besonders wichtig ist, diese Erfolge konnten ohne Einschränkungen bei den Sozialleistungen erzielt werden, betonte Stadtrat Mayr.

(Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

41 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) widmete sich eingehend der Wirtschaftspolitik des Bundes und begrüßte es, daß im Wiener Gemeinderat eine Debatte über die wirtschaftliche Situation möglich ist. Das Bundesdefizit steige um 20 Prozent, das Wiener Defizit noch mehr, sagte Busek. Die Staatsquote an jedem verdienten Schilling betrage mehr als 42 Prozent. Eine hohe Staatsquote bedinge jedoch auch eine hohe Verantwortung für die Wirtschaftsentwicklung der Gebietskörperschaften. Eine ruhige besonnene Wirtschaftspolitik sei jedoch auf Bundesebene nicht feststellbar. In den Genuß der Förderungen kämen nach wie vor nur Großbetriebe - wo bleiben mittlere und kleinere Betriebe, fragte Busek? Auch von der Zinsstützungsaktion haben zum Großteil nur große Unternehmen Nutzen gezogen. Das zeige sich auch im Bericht von Stadtrat Mayr. Es gebe auch Probleme mit den Arbeitern, die von General Motors gesucht werden - sie stehen im Wiener Raum nicht zur Verfügung. Für Einpendler solle nun Wohnraum geschaffen werden. Nach einer Untersuchung erzielten die Betriebe zwischen 100 und 500 Beschäftigten einen wesentlich höheren Nettoproduktionswert als Großbetriebe. Es müsse gelten: "gleiches Recht für alle, gleiche Förderung für alle".

Es müssen Maßnahmen überlegt werden, um nicht über die Verhältnisse zu leben: die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft müsse gestärkt werden, denn das Leistungsbilanzdefizit beträgt 100 Milliarden Schilling. Zwischen 1980 und 1981 sei der Tilgungsaufwand um 6,5 Milliarden gestiegen, der Finanzschuldenaufwand um 30 Prozent. Ein Großteil der Ausgaben sei bereits gesetzlich fixiert, das Budget damit für wirtschaftspolitische Initiativen immer weniger brauchbar. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

42 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Er vermisse Initiativen des Bürgermeisters und des Finanzstadtrates für ein Habenzinsabkommen, sagte Vizebürgermeister Busek. Was ist mit der Weitergabe von Aufträgen der Firma General Motors an österreichischen Firmen, wollte Busek weiter wissen? Mit dem Budget gebe es Probleme - im Bericht des Stadtrats sei dazu jedoch nichts vorgekommen. Sind diese Probleme gelöst, oder wie sollen sie gelöst werden? Die Diskussion über die Volkszählung zeige deutlich, daß die Schwächung der Wiener Wirtschaft und die Wanderung nicht gelehnet werden können.

Die Wirtschaftsförderung, die der Gemeinderat beschlossen hat, sei ein brauchbares Mittel, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Es sei aber auch notwendig, die Arbeit der städtischen Dienststellen besser zu koordinieren: In Wien müssen wesentlich mehr Abteilungen Stellungnahmen abgeben als in Niederösterreich, wenn sich ein Unternehmen ansiedeln will. Busek trat für eine bessere Kooperation zwischen Wien und Niederösterreich ein.

"Wenn wir rechtzeitig mit der Stadterneuerung begonnen hätten, gäbe es weniger Zweitwohnungen und weniger ungenützte Wohnungen", sagte Busek. Von 760.000 unselbständig Tätigen könnte jeder Achte im Rahmen der Stadterneuerung beschäftigt werden. Hinsichtlich der Finanzierung der Stadterneuerung habe die ÖVP eine Reihe von Anträgen gestellt, wodurch der Stadterneuerungsfonds bis heute mit 1,4 Milliarden gespeist hätte werden können. Die ÖVP habe nie behauptet, die Stadterneuerung sei allein aus dem Konferenzzentrum zu finanzieren. Wien braucht die Stadterneuerung jedoch dringender als das Konferenzzentrum - ungeklärt sei auch noch wie die Betriebskosten bedeckt werden können. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

43 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Busek legte einen BESCHLUSSANTRAG vor, wonach umgehend ein umfassendes Stadterneuerungskonzept für Wien zu erstellen ist, in dem alle Maßnahmen enthalten sind, die zur Verwirklichung des Vorranges einer umfassenden Stadterneuerung und als Impulse für die Wiener Wirtschaft in dieser Richtung sinnvoll und notwendig sind. Dazu zählen unter anderen ein Operationskalender mit Zeit- und Kostenplänen, die Berücksichtigung der Finanzierung ab dem Budget 1982 und Anreize im Einkommenssteuerrecht. Dieses Stadterneuerungskonzept solle dem Gemeinderat im Dezember 1981 im Rahmen der Beschlußfassung über das Budget 1982 vorgelegt werden. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

44 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, man könne eigene Probleme nicht mit dem Hinweis auf die noch größeren Schwierigkeiten in anderen Ländern verdrängen. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Österreich seien nicht gut. Neben der Besteuerung der Arbeitsplätze sei auch das allgemeine Klima für die Unternehmer nicht günstig - trotz mannigfacher Förderungsmittel gebe es daher keine Interessenten für Investitionen in den grenznahen Gebieten Österreichs. Sowohl im Forschungsbereich wie auch in der optimalen Nutzung der Energie weise Österreich einen Rückstand auf. Die von Stadtrat Mayr geplante Energieverbrauchsabgabe sei ein untaugliches Instrument, diesen Rückstand in der Energienutzung aufzuholen.

Als erstes Anzeichen eines Umdenkens wertete Hirnschall den Aufschub des Baues des Konferenzentrums bei der UNO-City. Abschließend sagte er, er mache sich keine Sorgen um die österreichische Wirtschaft, wenn man auch im öffentlichen Bereich für ein fähiges Management Sorge und allgemein vernünftige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffe. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

45 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die gute wirtschaftliche Stellung Wiens und die Vollbeschäftigung sollen auch in Zukunft weiter erhalten bleiben, betonte GR. EDLINGER (SPÖ). Aus diesem Grund stelle er namens der Sozialistischen Fraktion einen ANTRAG, in dem der Bürgermeister und die Amtsführenden Stadträte ersucht werden, alle zielführenden Maßnahmen zu ergreifen, um in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise fernzuhalten. Vorrangiges Ziel muß dabei die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sein. Die rasche Fortsetzung und Fertigstellung wesentlicher Großinvestitionen sei ebenso erforderlich wie der Wohnungsneubau, die Verbesserung von bestehenden Wohnungen, die Stadterneuerung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Bei allen diesen Notwendigkeiten dürfe diese Politik nicht auf Kosten des Gesundheitswesens oder des vorhandenen Netzes sozialer Hilfen gemacht werden. Es gilt, die Lebensqualität unserer Stadt nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen, sagte Edlinger.

In Zeiten wie in diesen tun sich Konservative schwer, über Wirtschaftspolitik zu reden. In den konservativ regierten Ländern seien Wirtschaftskrisen mit voller Wucht ausgebrochen. Vizebürgermeister Dr. Busek habe eine Rede der Irrtümer gehalten. Für die Stadterneuerung wurden beispielsweise in den letzten zwei Jahren 34 Milliarden ausgegeben. Wenn die Wirtschaftspolitik so schlecht sei, dann müsse man fragen, wieso es so vielen Menschen besser geht, denn je. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

46 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Es gibt zwei unterschiedliche Konzepte zur Sanierung der Wirtschaft. Ein konservatives und ein human-fortschrittlich-sozialistisches. Edlinger erinnerte daran, daß die konservativ regierten Länder am tiefsten in der wirtschaftlichen Sackgasse stecken. Der österreichische Weg sei dagegen international beachtet, ein Wahlmotto für andere große Länder. Die Wirtschaftspolitik der Sozialisten geht davon aus, daß der Staat ein hohes Maß an Verantwortung für die Wirtschaft trägt. Die Wirtschaft muß den Menschen dienstbar gemacht werden. Das oberste Gebot ist, daß die Menschen Arbeit haben. Von Vizebürgermeister Busek und anderen ÖVP-Mandataren habe man allgemeine Floskeln, aber keine konkreten Vorschläge gehört. Das konservative Konzept mit der Politik der bewußten und konsequenten Geldverknappung habe in den westlichen Industrieländern zu Millionen von Arbeitslosen geführt. Die Idee der Selbstheilungskraft des Kapitalismus hat eine mitleidlose und kalte Politik für die Menschen zur Folge. Die Welt von heute befindet sich zweifellos in ihrer schwierigsten wirtschaftlichen Situation seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die in ihrem Ausmaß die Krise der dreißiger Jahre erreicht. In Österreich ist es der sozialistischen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern gelungen, die Folgeerscheinungen dieser besorgniserregenden wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend fernzuhalten. Die Arbeitslosenrate ist mit 2,4 Prozent im ersten Halbjahr 1981 eine der geringsten gegenüber den westeuropäischen Industriestaaten und den USA, die Inflationsrate ist niedrig, der soziale Friede ungefährdet. Die Sozialisten werden sich von diesem erfolgreichen Kurs nicht abbringen lassen, schloß Edlinger. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

47 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Wir haben verschiedene Ansichten über die Wirtschaftspolitik, betonte Stadtrat NEUSSER (ÖVP). Die SPÖ-Alleinregierung übernahm die Erbschaft einer prosperierenden Wirtschaft und verteilte übermütig Geschenke, um Wählerstimmen zu gewinnen. Wir sollten uns überlegen, ob wir uns solche Geschenke und Sozialmaßnahmen leisten können. Das Budget wurde immer mehr belastet. Seit 1974 gibt es eine ständige Rezession, die durch die Rohstoffsituation noch verschärft wird. Die Reaktion der sozialistischen Finanzminister war eine immer stärkere Steuerbelastung der Wirtschaft. Der Fremdkapitalanteil in den Betrieben wurde immer höher.

Wien hat die höchsten Löhne, den höchsten Stromtarif in der Ostregion, Wien hat eine Kanalsteuer, eine Luftsteuer, eine Vergnügungssteuer, eine U-Bahn-Steuer, und die junge SPÖ-Wien will sogar eine neue Nahverkehrssteuer. Kein Wunder, wenn die Betriebe aus Wien abwandern. Das Ansteigen der Arbeitslosenrate in Wien ist besorgniserregend. Ernst ist die Situation besonders bei der Bauwirtschaft.

Die Klein- und Mittelbetriebe müssen immer mehr Anstrengungen unternehmen, um überleben zu können. Sie haben es wesentlich schwerer als Großbetriebe. Die persönliche Bindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Klein- und Mittelbetrieben ist ein Hauptgrund dafür, daß die Arbeitslosigkeit in Österreich relativ gering ist. In Wien konnte die Jugendarbeitslosigkeit bisher verhindert werden. Dank der Bemühungen der Wiener Handelskammer und der Wiener Wirtschaft konnte bisher für jeden Wiener Jugendlichen ein Lehrplatz gefunden werden. Heuer gibt es aber bis jetzt 200 Burschen und 500 Mädchen, die noch nicht untergebracht werden konnten. In diesem Zusammenhang stellte Neusser den ANTRAG, eine Förderungsaktion der Stadt Wien zur Schaffung zusätzlicher Lehrplätze einzurichten sowie den ANTRAG, eine zentrale Informationsstelle der Berufs- und Bildungsberatung zu schaffen.

(Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

48 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die Wirtschaftsprobleme sollte man nüchtern und sachlich erörtern und nicht mit Emotionen, sich aber auch hüten, aus ideologischen oder taktischen Überlegungen eine verzerrte Darstellung zu geben, sagte GR. KUCHAR (FPÖ). Eine zu positive Darstellung verhindere notwendige Konsequenzen bei den Ausgaben und bei der Innovation, zu negative Darstellungen brächten die große Gefahr einer Angst vor Investitionen bei schlechter Wirtschaftslage. Kuchar beleuchtete eingehend die Wirtschaftsentwicklung nach den beiden Ölpreisschocks. Die Vollbeschäftigung sei vor allem ein Verdienst des ÖGB und weniger der Bundesregierung. Er sei überzeugt davon, daß weder das Deficitspending noch der Monetarismus über längere Zeit eine Lösung darstellten.

Das wohlfahrtsstaatliche System, das wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, berge die Gefahr, die Finanzierbarkeit zu überschreiten, sagte Kuchar weiter. Die Hilfe des Staates müsse bedeuten, dem einzelnen jene Unterstützung zu geben, die er braucht, um sich selbst zu helfen. Deshalb sollten die sozialen Leistungen genau überdacht werden. Gleiches gelte auch für die Subventionen - für sie müsse eine Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt werden. Konsequenz wären mehr Einkommen für den einzelnen und mehr Eigenkapital für Unternehmen.

Die Vollbeschäftigung sei ein Anliegen aller. Gerade deshalb sollte man dieses Argument nicht zu einem Vehikel einer politischen Partei machen. Die Vollbeschäftigung ist ein Verdienst der Arbeiter, Angestellten und Wirtschaftstreibenden. Die FPÖ sei optimistisch hinsichtlich der Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft. "Ich glaube, daß der Mensch in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung am leistungsfähigsten, leistungswilligsten und kreativsten ist", schloß Kuchar. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

49 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) warf der ÖVP vor, in der Debatte mit falschen Tatsachen zu operieren. Zum Argument, die Sozialleistungen seien zu teuer, sagte er, die SPÖ stehe zu diesen Leistungen, zu denen schließlich auch die gegen den Widerstand der ÖVP eingeführten Pensionen für Bauern und gewerblich Selbständige zählen. Zur Aussage, in Wien seien die Löhne höher als im übrigen Österreich, sagte Rautner, es werde auch dafür gearbeitet und ein gerechter Lohn für die Arbeit sei schließlich legitim.

Der ÖVP warf Rautner vor, durch den von ihr propagierten Verzicht auf das Konferenzzentrum der Wiener Wirtschaft 5 Milliarden Schilling Bankmittel entziehen zu wollen. Ebenfalls nicht gerade "Pro Wien" sei die Kampagne gegen die Sommer-Aufgrabungen in Wien gewesen. Die ÖVP habe damit alle jene in Mißkredit gebracht, denen es schließlich gelungen sei, die sommerlichen Baustellen in Rekordzeit fertigzustellen.

Die wirtschaftliche Lage Österreichs zeichnet sich durch Vollbeschäftigung mit geringer Inflation aus. Die ÖVP versuche jedoch seit elf Jahren - wie zuletzt durch die Sondersitzung im Parlament und den Busek'schen Wirtschaftsalarm die Menschen zu verunsichern. Wenn Busek schon Alarm schlagen wolle, solle er das in Salzburg oder Innsbruck tun, wo die Verschuldung um ein Vielfaches höher liegt als in Wien. Immerhin sei festzustellen, daß Busek überraschenderweise für eine rasche Fertigstellung des AKH plädiert - allerdings mit der falschen Feststellung gekoppelt, daß auf der Baustelle seit eineinhalb Jahren nichts geschehen sei. (Forts.)

gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

50 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Zur Lage der Bauwirtschaft in Wien sagte Rautner, daß diese auch heuer eine gute Konjunktur und eine ebenso gute Arbeitsmarktsituation aufweise. Auch der diesbezügliche Vergleich mit anderen Bundesländern falle zugunsten Wiens aus. Daß das Baugeschäft nach wie vor lohnend ist, zeige die Zahl der Bauunternehmen, die trotz einiger Insolvenzen gleich geblieben ist. Rautner bekannte sich dazu, ein neues Mietrecht durchzusetzen und die Mietenerhöhungen für die Erhaltung der Häuser und damit für die Sanierung des Altbestandes zu verwenden. Leerstehende Spekulationswohnungen sollten besteuert werden. Zur Volksbefragung bezüglich der Wohnhausanlage Heschweg sagte Rautner, dies sei eine Volksbefragung gegen das "Wohnen im Grünen" auch für weniger Privilegierte. Es sei eben schon immer so gewesen, daß die SPÖ für die Wohnungssuchenden eintrete und die ÖVP für die Privilegierten und die Hausherren.

Schließlich wies Rautner den Vorwurf zurück, die zahlreichen Wirtschaftspfeiten seien auf eine falsche Wirtschaftspolitik zurückzuführen. 82 Prozent aller Pfeiten würden durch Unternehmerfehler verursacht.

Trotz allen Schwierigkeiten sei die Prosperität in Wien beispielgebend, schloß Rautner, und sie werde es bleiben, so lange die Sozialisten in dieser Stadt die Verantwortung tragen. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

51 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Zur Situation des Wiener Handels bezog GR. Dkfm.Dr. EBERT (ÖVP) Stellung. Der Wiener Handel sei ein entscheidender Wirtschaftsfaktor in der Bundeshauptstadt mit 120.000 Mitarbeitern in 27.000 Klein- und Mittelbetrieben. Viele der Beschäftigten sind ältere Frauen, deren Arbeitsplätze durch eine Verschlechterung der Wirtschaftssituation besonders gefährdet sind. 1981 sei der Wachstumsrückgang im Wiener Handel besonders bedrohlich. Auf der Wiener Messe habe es bei den Konsumgütern einen echten Abschlußrückgang gegeben. Bei den Investitionsgütern ist die Situation eher günstig. Ein Hauptproblem des Wiener Handels ist die enorme Verwaltungstätigkeit, die der Selbständige bewältigen muß. Jahrelang wurden Gewinne versteuert. Die Steuergesetze wurden immer strenger und immer verwirrender. Sondersteuern und die Kreditsteuer bedrängen den Handel. Exportkredite sind nicht leicht zu bekommen. GR. Ebert regte an, auch Transitgeschäfte in die Wirtschaftsförderung miteinzubeziehen. Es sei ein wirtschaftlicher Fehlschritt, wenn man die Rettung der Wirtschaft nur in der Sanierung von Großbetrieben sieht. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

52 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die österreichische und die Wiener Wirtschaftspolitik sind geprägt durch eine mehr reaktive Bekämpfung aufgetretener Schwierigkeiten, sagte GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP), durch zu langes Zögern, durch einen verkrampften "Blick über den Zaun" und durch den Versuch, Keile zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen die Regionen, zwischen Privat- und Gemeinwirtschaft zu treiben.

Die Budgeteinnahmen des Bundes stiegen zwischen 1978 und 1981 um fast 33 Prozent. Die Inflation in diesem Zeitraum betrug nur 18 Prozent. Wo blieben die Mehreinnahmen? Die Pensionen stiegen um 18,2 Prozent, die Pensionisten gerieten damit real bereits in die Verlustzone. Die Familienbeihilfen stiegen geringer als die Inflationsrate. Pensionisten und kinderreiche Familien sind die großen Verlierer der sozialistischen Wirtschaftspolitik.

In der Region Ost fehlt nach wie vor der Verkehrsverbund, kritisierte Ammann.

Die Insolvenzstatistik für Wien 1980/81 ist ein trauriges Kapitel. Von 1979 auf 1980 betrug die Steigerung zehn Prozent, von 1980 auf 1981 bisher 15 Prozent. Und da soll kein Anlaß zur Änderung der Wirtschaftspolitik bestehen? Eine Trendumkehr ist notwendig! Das psychologische Wirtschaftsklima muß verbessert werden, eine Investitionsoffensive, Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis, mehr Forschungsförderung und ein Belastungsstop bei Steuern und Abgaben sind notwendig. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

53 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP)

kritisierte, daß der von GR. Edlinger vorgelegte Beschlußantrag zu allgemein gehalten sei. Zu den Ausführungen von Bürgermeister Gratz und Finanzstadtrat Mayr sagte Wöber, wir sollten nicht sagen, daß dies eine Erfindung der SPÖ in den letzten Jahren sei. "Wir können alle darauf stolz sein, daß dieses Land in den Jahren nach dem Krieg eine Entwicklung genommen hat, die das österreichische Wirtschaftswunder genannt wird", führte Wöber weiter aus. Das Handelsbilanzdefizit bringe uns in die Gefahr, den autonomen Spielraum zu verlieren. In den Jahren der sozialistischen Wirtschaftspolitik sei es für Unternehmer immer schwieriger geworden, Eigenkapital zu halten. Die Insolvenzen in Großbetrieben würden einem bewußt, aber auch viele kleine Betriebe kämpfen mit Schwierigkeiten. Der SPÖ warf er vor, ihre Wirtschaftspolitik sei nicht konjunkturgerecht gewesen. Die Schulden der Stadt Wien entwickelten sich sehr rasch: Zwischen 1970 und 1980 stiegen die Einnahmen einschließlich der Fremdmittelaufnahmen auf das Dreifache, die Schulden jedoch auf das Fünffache. Von den geplanten Ausgaben des kommenden Jahres sollen 3,3 Milliarden nicht finanzierbar sein. Die Belastung der Bevölkerung und der Wirtschaft sei hoch genug, die Grenze der Belastbarkeit nicht erreicht, sondern schon überschritten.

Heute wären Reserven notwendig, aber es sind keine vorhanden. In einem BESCHLUSSANTRAG verlangte er, der Bürgermeister möge sich beim Bund dafür einsetzen, daß die vorzeitige Abschreibung wie bisher mit 50 Prozent belassen und nicht auf 40 Prozent reduziert werde. Der Investitionsfreibetrag für unbewegliche Wirtschaftsgüter soll auf 25 Prozent angehoben, die vorzeitige Abschreibung für die kommenden beiden Jahre mit 30 Prozent vorgesehen werden. Dazu soll ein genereller Belastungsstopp bei Steuern und Abgaben kommen. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte über die Wiener Wirtschaft

=++++

54 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) meldete sich mit einer "tatsächlichen Berichtigung" zu Wort. Rautner bezog sich dabei auf die Aussage von GR. Dr. Wöber, er sei eine Aktionsgemeinschaft mit Betriebsratsobmann Maurer eingegangen, der ein Kommunist gewesen sei. Abgesehen davon, daß er keine Diskriminierung von Minderheitsfraktionen kenne, sagte Rautner, Maurer sei ein Mitglied der Sozialistischen Fraktion. Im übrigen sei die Familie Maurer in den Jahren 1934 bis 1938 vom damaligen austrofaschistischen System verfolgt worden.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) betonte zunächst die gemeinsame Sorge aller Parteien um die Sicherung des Wohlstandes und der Arbeitsplätze in Österreich. Allerdings beschreite die SPÖ nicht den richtigen Weg zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme. Diese ortete Mayr im Rückgang der Einwohnerzahl Wiens und damit auch der Einnahmen aus dem Finanzausgleich sowie in der mangelhaften Flexibilität der Behörden: z.B. gäbe es keine Arbeitsbewilligungen für qualifizierte polnische Facharbeiter, die darum auswandern. Auch bürokratische Schwierigkeiten, die Unternehmen bei Investitionen gemacht würden, seien kein Beitrag für eine gesunde Wirtschaft.

Auf Wien warten große Aufgaben, sagte Mayr. Es seien Milliarden für die Stadterneuerung, für die Sanierung der Hochquellleitung des Kanalnetzes, und für das Sozial- und Gesundheitswesen nötig. Nur mit der Kraft der Wiener Wirtschaft werde man diese Aufgaben bewältigen können. Und darum müsse man alles daran setzen, diese Kraft zu erhalten. (Forts) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

55 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Hört man der ÖVP zu, gewinnt man den Eindruck, es würde in der Wiener Wirtschaft überall der Rollbalken heruntergelassen, sagte GR. SALLABERGER (SPÖ). Die Situation sei jedoch anders: In keinem vergleichbaren Industrieland der westlichen Welt ist die Wirtschaftssituation besser als in Österreich. Dazu haben die Menschen in diesem Land, aber auch die Politik der Regierung beigetragen. Zu der von der ÖVP beklagten Zinsen- und Steuerentwicklung: Auch während der Zeit der ÖVP-Regierung wurden die Zinsen zum Gewerbeertrag hinzugerechnet. Jede Änderung der Zinspolitik würde den Ertrag des Bundes und der Länder verringern. Man kann nicht gleichzeitig eine Begünstigung für die Wirtschaft und bei weniger Steuereinnahmen mehr Investitionsausgaben des Bundes verlangen. Das Problem der Insolvenzwelle ist eine Folge der internationalen Hochzinspolitik. In der Zeit der Hochzinsen sei es vernünftiger gewesen, auf eine Bundesanleihe zu verzichten. Außerdem würden durch die Bundesanleihe dem Kapitalmarkt Kreditmittel entzogen. GR. Sallaberger kritisierte, daß die ÖVP zu einer gewissen Steuerverdrossenheit geradezu auffordere. Das vom Finanzminister angekündigte Prüfungsprogramm für die Rechnungslegung liege im Interesse der großen Mehrheit von jenen, die ohnedies ordnungsgemäß Steuer bezahlen, während die wenigen "schwarzen Schafe" aufgedeckt werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte über Wiener Wirtschaft

=++++

56 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation Österreichs müsse man auch den Rückgang der Aufträge aus den Comecon-Ländern und die Lage in Polen berücksichtigen. Ein Viertel der österreichischen Unternehmen hat seinen Sitz in Wien. Von den investierten Mitteln fließen jedoch nur knapp neun Prozent in die Bundeshauptstadt zurück. Am stärksten bevorzugt sind Oberösterreich und Tirol. Zur ÖVP-Polemik um General Motors stellte GR. Sallaberger fest, daß einige Bundesländer sich diese Investitionen gewünscht hätten. Nur die Wiener ÖVP meinte, daß General-Motors der Wiener Wirtschaft schaden würde. Die Exportförderung liegt nahezu zur Gänze in den Händen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft. Sallaberger regte an, die Rücklage der Kammer in der Höhe von einer Milliarde für eine großangelegte Wirtschaftsoffensive einzusetzen. Die Stadt Wien unterstützt 21 verschiedene Kreditaktionen. Auch der Einzelne kann jedoch seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Situation in Österreich leisten, indem er sich auf österreichische Qualität und Leistung besinnt und österreichische Waren kauft.

ABSTIMMUNG: Der SPÖ-Antrag über die Sicherung der Arbeitsplätze wurde einstimmig angenommen. Die Anträge der ÖVP wurden einstimmig zugewiesen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Parkometerabgabe

=++++

57 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) beantragte, den Verkehrsbetrieben einen Förderungsbeitrag von 43 Millionen Schilling aus den Erträgen der Parkometerabgabe zur Anschaffung von Autobussen zur Verfügung zu stellen.

GR. Dr. KRASSER (ÖVP) erklärte, daß bei dieser Verwendung keine Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs im Sinne des Gesetzes vorliege, da lediglich alte Autobusse durch neue ersetzt werden sollen. Er stellte den GEGENANTRAG, die 43 Millionen für die Schaffung von Park-and-Ride-Plätzen, insbesondere bei der Endstation der U 4 in Hütteldorf, zu verwenden.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) erklärte, daß die Neuanschaffung von Autobussen zweifellos eine Verbesserung der innerstädtischen Verkehrssituation bedeute, und wies darauf hin, daß die Stadt Wien verstärkt um eine Förderung des Garagenbaues bemüht ist. Es muß aber auch jemanden geben, der diese angebotene Förderung in Anspruch nimmt.

GR. MAYRHOFER (SPÖ) erinnerte in seinem Schlußwort, daß die Einführung des Parkometergesetzes seinerzeit von der ÖVP überhaupt abgelehnt worden ist.

ABSTIMMUNG: der Gegenantrag der ÖVP wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters mit den Stimmen der SPÖ ANGENOMMEN. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Bäderpreise

=++++

58 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) beantragte eine Neufestsetzung der Preise für die Benützung städtischer Bäder, betriebliche Änderungen und mehr Begünstigungen für Behinderte. Er verwies in diesem Zusammenhang auf gestiegene Energie-, Personal- und Baukosten und betonte, daß die neuen Preise kinderfreundlicher seien. (Siehe RK vom 20.9.).

GR. OUTOLNY (SPÖ) brachte einen Abänderungsantrag ein, nach dem weitere Begünstigungen für Kinder während der Schulferien und Familien mit Kindern geschaffen werden sollen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Bäderpreise

=++++

59 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) sagte, daß die neuen Tarife besonders Kinder und Familien empfindlich treffen. Er begrüßte jedoch die Bereitschaft der SPÖ, in einem gemeinsamen Abänderungsantrag Kinder- und Familienaktionen mit einzubeziehen. In Zukunft werde man sich überhaupt verstärkt mit dem Problem der Bäder - insbesondere der Sommerbäder wegen der Donauinsel - auseinandersetzen müssen.

GR. LUSTIG (SPÖ) betonte, daß die Tarife auch jetzt noch nicht kostendeckend seien. Die SPÖ habe sich schon vor der Ablehnung durch die ÖVP im Ausschuß mit den Möglichkeiten beschäftigt, familienfreundliche Bäderaktionen zu schaffen.

In seinem Schlußwort betonte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß trotz der großen Konkurrenz durch die Donauinsel heuer mit über einer Million Besucher der beste Bäderbesuch seit langem verzeichnet wurde.

ABSTIMMUNG: einstimmig ANGENOMMEN.

Zwtl.: Denzel-Gründe

Die nachträgliche Genehmigung des Kaufes der sogenannten Denzel-Gründe in MARIAHILF wurde ohne Debatte mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dringliche Anfrage über Bauring-Aktivitäten

=++++

60 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ beantragte die Dringlichkeit der Anfrage über die beabsichtigte Zahlung von 37,5 Millionen Schilling durch die Gemeinde-Holding als Vergleichssumme für die Schmiergeldforderung des Scheichs Ali Abdullah Bugshan im Zusammenhang mit Bauringaktivitäten in Saudi Arabien.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) begründete die Dringlichkeit des Antrages mit einer Äußerung des Holding-Generaldirektors Machtl, wonach er den Vergleichsvorschlag verfolgen wolle. Die Holding hat als Rechtsnachfolger des Bauringes diese Schmiergeldforderungen mit dem Argument der Sittenwidrigkeit bekämpft. Diese Zahlung in der Höhe von 37,5 Millionen ist nun plötzlich beabsichtigt.

An Bürgermeister Gratz wurde folgende dringliche Anfrage gestellt: Sind Sie bereit, unverzügliche Vorkehrungen zu treffen, daß die sittenwidrige Schmiergeldzahlung an den Scheich Ali Abdullah Bugshan aus den Bauringgeschäften in Saudi Arabien unterbleibt?

A b s t i m m u n g : Der Antrag auf Dringlichkeit der Anfrage wurde mit den Stimmen der SPÖ a b g e l e h n t. Die Beantwortung wird auf schriftlichem Weg erfolgen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Dringlicher Antrag über Volksbefragung

=++++

61 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ stellte einen dringlichen Antrag zur Durchführung der Volksbefragung.

GR. KUCHAR (FPÖ) begründete die Dringlichkeit damit, daß vom 15. bis 17. November bereits eine Volksbefragung ausgeschrieben wurde, der - nach Meinung der FPÖ - noch weitere Fragen angeschlossen werden sollten. Die FPÖ stellte daher folgenden dringlichen Antrag:

Am 15., 16. und 17. November 1981 sind der Wiener Bevölkerung gemäß § 112a Stadtverfassung im Rahmen einer Volksbefragung folgende Fragen zur Entscheidung vorzulegen:

- o Befürworten Sie die Verbauung der sogenannten Steinhofgründe im Vorland des Wienerwaldes?
- o Treten Sie für eine Priorität beim Ausbau des Wiener S-Bahn-Netzes und der U 6 gegenüber der Errichtung der kostenaufwendigen U 3 ein?
- o Befürworten Sie angesichts neugewonnener Erkenntnisse auf dem Gebiet des Umweltschutzes den nunmehrigen Verzicht auf den Ausbau der Flötzersteig-Schnellstraße?
- o Befürworten Sie die Einhaltung einer Höchstgrenze von derzeit 175.000 Schilling bei der Anschaffung von Dienstkraftwagen durch die Stadt Wien und deren Unternehmungen, wie sie auch für die steuerliche Absetzung von Firmenfahrzeugen gilt?

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.:Dringlicher Antrag über Volksbefragung

=++++

62 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Die SPö stimme der dringlichen Behandlung des Antrages nicht zu, erklärte GR. NUSSBAUM (SPö). Es wäre möglich gewesen, die anderen Fraktionen zeitgerecht zu informieren. Hätte man den Bürgermeister rechtzeitig davon informiert, daß eine Ausdehnung der Volksbefragung gewünscht wird, hätte er sicher die Konsequenzen gezogen. Die von der FPö vorgeschlagenen Fragen erscheinen "hingeschleudert" und oberflächlich und bedürfen einer eingehenden inhaltlichen Prüfung.

ABSTIMMUNG: Die dringliche Behandlung des Antrages wurde mit den Stimmen der SPö ABGELEHNT. Der Antrag selbst wurde zugewiesen.

Nach einem mehr als zwölf Stunden dauernden Sitzungstag wurde die Gemeinderatssitzung um 21.15 Uhr geschlossen. (Schluß) ger/and

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Schieder:VP-Bezirksvorsteher über Grün-Kampagne nicht informiert (1)

=++++

36 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) über die Aktivitäten, die die Stadt Wien im Rahmen der Kampagne "Ganz Wien trägt Grün" durchgeführt hat und weiter durchführt, scheinen einige Mandatäre der Volkspartei nicht informiert zu sein, stellte Grünstadtrat Peter SCHIEDER Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer Aussendung des Döblinger Bezirksvorstehers Adolf Tiller fest.

Dieser Bezirksvorsteher scheint nicht zu wissen, meinte Schieder, daß "Ganz Wien trägt Grün" bis jetzt folgende Aktionen brachte:

Parkerneuerung in zahlreichen Beseerparks. Eröffnung des neugestalteten Hamerlingparks. Neugestaltung des Weghuberparks. Neue Spielplätze, neue Spielgeräte. Forcierung der Innenhof-Begrünungsaktion. Veitschi-Aktion. Etikettierung des Rathausparks. Neue Plaketten für Naturdenkmäler. Blumendoktor. Mehr Werbung für "Wien im Blumenschmuck". Gestaltung von fünf familienfreundlichen Stadtwanderwegen. Eröffnung des Nordteils der Donauinsel. 500.000 Bäume. Gratiserde für Blumenfreunde. Grünbus. Windschutzgürtelkonzept. Rasenfreiheit im Votivpark, in 43 weiteren Parks sowie natürlich seit langem auf den Lagerwiesen. Alleenprogramm - bringt 80 Kilometer neue Alleen für Wien. Teppichbeet bei der Wirtschaftsuniversität. Schaffung des Kinderspielplatzes Denzel-Gründe gemeinsam mit Anrainern und einer Bürgerinitiative. Diskussion um die Neugestaltung des Loquaiplatzes. Rosenschau im Donaupark. Zwei neue Parks für den 15. Bezirk. Stadtwäldchen bei der Großfeldsiedlung. Neues Spielgelände am Falkenberg. Neuerliche Forderung nach Öffnung des Sternwarteparks. Programm für neue Flußalleen in Wien. Pflanzung einer Allee auf der Linzer Straße. Park statt Autoabstellfläche in der Czapkagasse. Neuer Naturlehrpfad in Simmering. Schnuppertage am Laaerberg. Neuer Park an der Florian-Hedorfer-Straße. Grünfläche bei der Alszelle wird heuer fertig. Kleine Grünfläche statt Verkehrsinsel auf der Gumpendorfer Straße. Wiederaussetzen vom Aussterben bedrohter Pflanzen. Umweltbüro - und zahlreiche weitere Maßnahmen (Baumpflanzungen, neue Sitzbänke, neue Blumen etc.) in den Bezirken.
(Forts.) hs/ve

Schieder:VP-Bezirksvorsteher über Grün-Kampagne nicht informiert (2)
=++++

37 Wien, 21.9. (RK-KOMMUNAL) Für diese Bemühungen, in ganz Wien zusätzliches, neues Grün zu schaffen, wurden im Interesse der Wienerinnen und Wiener Millionen ausgegeben: um den Menschen durch zusätzliche Grünflächen, durch riesige Freizeitgebiete, wie die Donauinsel und durch Baumpflanzungen weitere Erholungsmöglichkeiten in der Stadt zu bieten, sagte Schieder weiter.

Der Döblinger Bezirksvorsteher scheint allerdings auch die Maßnahmen, die allein das Stadtgartenamt im 19. Bezirk setzt, aus seinem Gedächtnis zu streichen und damit der Bevölkerung zu verschweigen. So wird zum Beispiel heuer der Ferdinand-Saar-Platz neu gestaltet. Wiederherstellungsarbeiten wurden in der Krottenbachstraße, Silbergasse, Dennweg, Paradisgasse und Frimmelgasse durchgeführt, ebenso arbeitete das Stadtgartenamt heuer am Vorplatz Heiligenstadt und in der Sieveringer Straße. In den Parkanlagen wurden neue Bäume gesetzt. Bereits vor Jahren hat die Stadt Wien an den Stadtbahnbögen im Bereich Döblinger Gürtel Veitschi gepflanzt. (Schluß) hs/gg

NNNN